

Dear reader,

This is an author-produced version of an article published in *Kirchliche Zeitgeschichte* 27 (2014). It agrees with the manuscript submitted by the author for publication but does not include the final publisher's layout or pagination.

Original publication:

Nauerth, Thomas

Kirchenkampf unter internationaler Beobachtung

in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 27 (2014), pp. 181–195

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014

URL: <https://doi.org/10.13109/kize.2014.27.1.181>

Access to the published version may require subscription.

Published in accordance with the policy of Vandenhoeck & Ruprecht: <https://www.vr-elibrary.de/self-archiving>

Your IxTheo team

Liebe*r Leser*in,

dies ist eine von dem/der Autor*in zur Verfügung gestellte Manuskriptversion eines Aufsatzes, der in *Kirchliche Zeitgeschichte* 27 (2014) erschienen ist. Der Text stimmt mit dem Manuskript überein, das der/die Autor*in zur Veröffentlichung eingereicht hat, enthält jedoch *nicht* das Layout des Verlags oder die endgültige Seitenzählung.

Originalpublikation:

Nauerth, Thomas

Kirchenkampf unter internationaler Beobachtung

in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 27 (2014), S. 181–195

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014

URL: <https://doi.org/10.13109/kize.2014.27.1.181>

Die Verlagsversion ist möglicherweise nur gegen Bezahlung zugänglich.

Diese Manuskriptversion wird im Einklang mit der Policy des Verlags Vandenhoeck & Ruprecht publiziert: <https://www.vr-elibrary.de/self-archiving>

Ihr IxTheo-Team

Kirchenkampf unter internationaler Beobachtung

Thomas Nauerth

„Die dramatische und äußerst instruktive Geschichte der Beziehungen zwischen ökumenischer Bewegung und deutschem Kirchenkampf und die Lehren, die sich daraus im Blick auf Pflicht und Schranken ökumenischen Eingreifens in innere kirchliche Angelegenheiten ergeben, ist noch nicht geschrieben.“ Mit diesem Zitat des schwedischen Theologen Nils Ehrenström, seit 1930 Mitarbeiter in der Studienabteilung im Stabe des Ökumenischen Rates für Praktisches Christentum in Genf, eröffnete Armin Boyens seine umfangreiche Studie „Kirchenkampf und Ökumene 1933-1939“, von der Visser't Hooft im Vorwort sagt, er hoffe, „daß dieses Buch [...] deutlich machen wird [...] wie viel wir aus dieser Geschichte lernen können“¹.

In der Tat sind noch nicht alle Geschichten geschrieben, die als 'ökumenisches Eingreifen in innere kirchliche Angelegenheiten' verstanden werden können und dies ist nicht zuletzt deshalb ein Desiderat, weil sich für kirchliches Handeln heutzutage viel daraus lernen lässt.

Im folgenden soll eine kleinere Geschichte nacherzählt und analysiert werden, die von einem recht direkten und durchaus erfolgreichen ökumenischen, internationalen Eingreifen in die inneren kirchlichen Angelegenheiten einer kleinen christlichen Gruppierung in der Zeit des Nationalsozialismus handelt.

1. Ein ungewöhnlicher Brief

Der Brief, den die Beamten des Reichsinnenministeriums im November 1936 in Empfang nahmen, war in vielerlei Hinsicht ungewöhnlich. Zwar ist der Briefumschlag nicht mehr erhalten, aber allein der Briefkopf dürfte auch heute noch in deutschen Ministerien für Irritation sorgen. Auf die Angabe „in Amerika“ folgen folgende Namen und Adressen:

Joseph Kleinsasser, Milltown-Bruderhof, Benard Siding, Manitoba, Canada

Christian Waldner, West Raley-Bruderhof, P.O. Raley, Alberta, Canada

Johannes Kleinsasser, Milford-Bruderhof, Buck Ranch P.O. Raymond, Alberta, Canada

Der Brief, gerichtet an das „Reichsministerium des Inneren, Berlin, Deutsches Reich“, abgesandt am 13. November 1936, beginnt ohne Anrede mit dem Satz:

„Die unterzeichneten Ältesten der Brüder, die man die Hutterischen nennt, als die Vertreter der heute 4000 Seelen umfassenden auslandsdeutschen Hutterischen Kirche in Canada und Süd-Dakota, USA, bitten um Hilfe für die Erhaltung ihres im Deutschen Reich befindlichen hutterischen Bruderhofes bei Neuhof, Kreis Fulda, Hessen Nassau. Die Unterzeichneten, Johannes Kleinsasser und Joseph Kleinsasser, vertreten das Anliegen der Hutterischen Kirche in Amerika.“²

¹ Armin Boyens, Kirchenkampf und Ökumene 1933-1939. Darstellung und Dokumentation, München 1969, 5 und 9. Eine Besonderheit dieses Buches ist allerdings, dass „mit keinem Wort auf die Freikirchen eingegangen wird“ (so Andrea Strübind, Die unfreie Freikirche. Der Bund der Baptistengemeinden im ‚Dritten Reich‘ (Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 1), Neukirchen-Vluyn 1991, 18).

² Brief der hutterischen Ältesten vom 13.11.1936, BArch R 5101/23410, pag 88-94. 88. Seitenangaben zu Zitaten aus diesem Brief werden im Folgenden direkt im Text vermerkt.

Zu dem im Brief erwähnten deutschsprachigen Bruderhof vgl. James Irvin Lichti, Art. Rhönbruderhof, in: www.mennlex.de-MennLex V; Thomas von Stieglitz, Kirche als Bruderschaft. Das hutterische Kirchenbild bei Eberhard Arnold aus heutiger katholischer Sicht, Paderborn 1991; Emmy Barth, An Embassy Besieged. The Story of a Christian Community in Nazi Germany, Eugene-Oregon-Rifton-New York 2010 sowie die Homepage www.bruderhof.com [Zugriff: 1.10.2013].

Die Beamten des Reichsinnenministeriums haben diesem Satz wahrscheinlich vor allem das Stichwort „Kirche“ entnommen und den Brief umgehend an das Reichskirchenministerium weitergeleitet. Dort ist er laut Eingangsstempel am 2. Dezember 1936 angekommen und wurde interessanterweise archivalisch unter dem Stichwort „Mennoniten“ abgelegt.

Was die Briefschreiber motiviert, das hat der schwedische Erzbischof Eidem nach einer Visitationsreise der schwedischen Victoriagemeinde in Berlin im September 1934 an „Landesbischof Müller“ in folgende Worte gebracht: „Die Angst und die Pein um der deutschen Brüder willen ist ungeheuer groß unter den auswärtigen Glaubensbrüdern“³. Aus solch einer Sorge heraus, versuchen die hutterischen Ältesten mit diesem Brief in ein Gespräch mit den deutschen Machthabern zu kommen.

Den Verfassern scheint bewusst gewesen zu sein, dass die Bezeichnung „hutterisch“ bzw. „hutterische Kirche“ auch in einem deutschen Reichskirchenministerium nicht sofort verstanden wird. Sie beginnen daher ihren ausführlichen, sieben Seiten umfassenden Brief mit einer umfangreichen Selbstdarstellung:

„Unsere Gemeinde besteht seit 400 Jahren. Sie erhielt ihre Ordnung durch den im Jahr 1536 zu Tirol als Martyrer gestorbenen Jakob Huter. Dieser richtete im Lande Mähren die völlige Gemeinschaft an, die alle im Glauben vereinigten Glieder auch zur Arbeits- und Gütergemeinschaft auf Bruderhöfen vereinigte. [...] Zu der Glaubensüberzeugung unserer Bruderschaft gehört es auch, dass wir keine staatlichen Aemter und Dienste bekleiden können und dass wir ferner uns nicht am Militärdienst beteiligen können. Wir sehen unsere Aufgabe darin, in der völligen Liebe Christi und in der Einheit seines Geistes zusammen zu leben und alle unsere Kräfte wie eben so alle Vermögenwerte zum gemeinsamen Nutzen einzusetzen.“ (88)

Die Offenheit, mit der gleich zu Beginn unaufgebbare Grundprinzipien genannt werden, die mit nationalsozialistischer Ideologie unvereinbar sind (Militärdienstverweigerung)⁴ ist bemerkenswert. Besonders herausgestellt wird im weiteren die Verfolgungsgeschichte („schwerste Verfolgungen seitens der katholischen Kirche“ (88)), wobei mit der Formulierung, dass „unser Prinzip der völligen Gemeinschaft [...] zu schwersten Anfeindungen“ (88) geführt habe, unübersehbar auf ein zentrales Element nationalsozialistischer Ideologie, der (Volks-)gemeinschaft⁵, angespielt wird. Der Brief versucht aber nicht nur über solche indirekten Anspielungen, sondern mit einigem Geschick auch explizit, Aspekte herauszustellen, die den `deutschen Behörden` ideologisch nahestehen könnten:

„Es wird den deutschen Behörden von Wichtigkeit sein, dass trotz [...] Übersiedelung nach fremden Ländern in allen Jahrhunderten die deutsche Sprache und Kultur unter uns erhalten geblieben ist. [...] Unsere Religiöse Zusammenkünfte werden heute noch in deutscher Sprache gehalten, die Kinder unserer Gemeinde erhalten heute noch ausser dem englischen Pflicht-Schulunterricht einen deutschen Unterricht von unseren Brüdern. Auch ist unter uns noch heute die deutsche Tracht und Sitte in derselben Ordnung, wie sie unsere Vorväter mit in die Gemeinde gebracht haben.“ (89)

Die Tatsache, das noch „heute [...] in deutscher Sprache“ verfasste Predigten „bei uns in voller Gültigkeit“ stehen und „von uns in jeder Generation aufs neue in deutscher Sprache abgeschrieben“ werden (ebd.), bekommt besonderes Gewicht, weil im Geschichtsüberblick die leidvol-

³ Erzbischof Eidem an Landesbischof Müller, 15. September 1933. Zitiert nach: Boyens, Kirchenkampf und Ökumene, aaO. (Anm.1), 312-313. 313.

⁴ Zur Untermauerung ihrer Aussagen bezüglich des Militärdienstes fügen die Verfasser ihrem Brief zwei Dokumente an, zum einen „Aus der Eingabe der Hutterischen Brueder im Jahre 1914 an den Praesidenten Woodrow Wilson“, zum anderen „Aus der Bittschrift der hutterischen Brueder vom Jahre 1917 an den Praesidenten der Vereinigten Staaten um Befreiung vom Militaerdienst“. Beide Dokumente sind jeweils eine Din. A4 Seite lang (BArch R 5101/23410 pag. 95-96).

⁵ Vgl. dazu nur Franz Janka, Die braune Gesellschaft. Ein Volk wird formatiert, Stuttgart 1997 und Detlef Schmiedeck-Ackermann (Hg.), Volksgemeinschaft. Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im Dritten Reich?, Paderborn 2012.

le Auswanderungsgeschichte kurz rekapituliert wurde.⁶ Aber sie werben nicht nur mit Kulturbewahrung fern der Heimat, sondern beziehen sich explizit auf die bei ihnen gegebene „praktische Verwirklichung der nationalsozialistischen Losung, dass Gemeinnutz vor Eigennutz geht“ und sprechen in Bezug auf ihre Bruderhöfe von einem „ernsthaften Versuch wahrer Volksgemeinschaft“ (92). Sie seien der Überzeugung, „dass die Praxis unseres gemeinsamen Lebens gerade im nationalsozialistischen Staat weitgehendes Verständnis finden müsste“⁷ und sie hätten „alle Veröffentlichungen über das heutige Deutschland und alle Reden des Führers des deutschen Volks Adolph Hitler [...] so verstanden, dass heute in Deutschland absolute Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden besteht und dass vor allem gerade das positive Christentum unangetastet erhalten bleiben soll“ (92). Hier liegt wohl weniger naive Anbiederung vor, als der Versuch, taktisch alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Anerkennung zu erlangen und Verständnis zu finden.⁸ Denn sie geben ihre der nationalsozialistischen Ideologie widersprechenden Prinzipien in keiner Weise preis, sondern stellen sie in großer Klarheit dar und machen auch deutlich, dass sie traditionell eher bereit sind, ein Land zu verlassen, als sich auf einen Kompromiss einzulassen.

Im Brief werden demzufolge auch die Schwierigkeiten des deutschen Bruderhofes seit 1933 mit großer Offenheit angesprochen:

„In den Jahren 1933-1934 kam grosse Not über diesen Neuanfang in Deutschland. Eberhard Arnold hat der neuen deutschen Regierung sofort ausführliche Darstellung unseres Glaubens und Lebens gestellt. Einige Gegner unserer Gemeinde verdächtigten aber die christliche Gemeinschaft der Güter als ´russischen Kommunismus´. Eine von der Geheimen Staatspolizei durchgeführte Haus-suchung brachte jedoch die Wahrheit an den Tag. [...] Freilich galt die Erziehungsarbeit des Bruderhofes als unvereinbar mit den Grundsätzen des nationalsozialistischen deutschen Staates. So wurde Ende des Jahres 1933 die bis dahin anerkannte Gemeinschafts-Schule des Bruderhofes geschlossen. Da wir Hutterer eher das Land verlassen, als unserem Glauben untreu zu werden, wurde die Schule und Erziehungsarbeit des Bruderhofes nach dem Fürstentum Lichtenstein verlegt [...] Ende des Jahres 1934 wurde auch der bis dahin rege Gästeverkehr des deutschländischen Bruderhofes durch die zuständigen Behörden verboten. [...] Obwohl diese Einschränkungen uns als schwer tragbar erscheinen mussten, sind wir doch ebenso wie unsere Brüder in Deutschland den Reichsbehörden dankbar, dass überhaupt noch die Möglichkeit gegeben wurde den Bruderhof in Deutschland weiter zu erhalten.“ (90)

Diese Möglichkeit sahen sie auch deswegen als weiterhin gegeben an, weil „1934 der preussische Landwirtschaftsminister die Kulturarbeiten des Bruderhofes bestens anerkannt“ und in diesem Zusammenhang durch den Oberpräsidenten in Kassel geäußert habe, „dass nicht beabsichtigt ist,

⁶ „Um unseres Glaubens willen haben wir im Verlauf unserer 400-jährigen Geschichte oft von einem Land zum anderen ziehen müssen. So weilte unsere Gemeinde in Ungarn und in Siebenbürgen und 100 Jahre lang in Russland. Seit 1874 haben wir uns in den Vereinigten Staaten und Canada niedergelassen“ (88). Vgl. zur Geschichte der Hutterer vor allem Astrid von Schlachta, *Die Hutterer zwischen Tirol und Amerika. Eine Reise durch die Jahrhunderte*, Innsbruck 2006.

⁷ Ein solcher Versuch, Verständnis zu erlangen aufgrund vorhandener Gemeinsamkeiten in der Zielvorstellung gerade in Bezug auf das Stichwort „Gemeinschaft“ ist bei kleineren religiösen Gruppierungen öfter zu finden, vgl. nur die „Erklärung des Deutschen Verbandes für Gemeinschaftspflege und Evangelisation (Gnadauer Verband) über seine Stellung zu dem Neuen in Staat und Kirche“ vom 8.6.1933, wo es heißt: „An vielen Hunderten von Orten haben wir ja durch die verbindende Kraft des lebendig verkündeten Gotteswortes eine wirkliche Gemeinschaft [...] verwirklicht - ein Bild der erstrebten Volksgemeinschaft“ (zitiert nach: Erich Günter Rüppel, *Die Gemeinschaftsbewegung im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Geschichte des Kirchenkampfes*, Göttingen 1969, 242-243. 242). Ähnliche Reaktionen sind auch von baptistischer Seite belegt, vgl. Strübind, *Die unfreie Freikirche*, aaO. (Anm. 1), 114. Auch die Gemeinschaft der Mormonen hat ähnlich argumentiert, vgl. dazu Merit Petersen, *Verwandte Gemeinschaften. Mormonismus und Nationalsozialismus*, in: Schmiedecke-Ackermann (Hg.), *Volksgemeinschaft*, aaO. (Anm. 6), 265-288 und Christine E. King, *Strategies for Survival. An Examination of the History of Five Christian Sects in Germany 1933-1945*, in: *Journal of Contemporary History* 14 (1979) 211-234. 225 ff.

⁸ Zu überlegen wäre, ob in manchen Passagen des Briefes eine gewisse Naivität nicht auch bewusst inszeniert wird, so z.B. wenn sie schreiben, dass sie erfahren hätten, dass „kürzlich auch die Berliner-Staats-Bibliothek ein Artikelbuch unserer Vorfahren“ aus dem 16. Jahrhundert angekauft habe und sie daher „die deutsche Regierung auf dieses Buch besonders aufmerksam machen“ wollten (89).

den Bruderhof in seinen Rechten oder in seiner Nutzung an dem landwirtschaftlichen Besitz zu beeinträchtigen“ (90). Sie verfügen demnach über genaue Informationen über die aktuellen Entwicklungen in Deutschland, und diese aktuelle Informationslage ist auch der eigentliche Anlass des Schreibens. Es geht darum, dass „unser Bruderhof in eine abermalige Schwierigkeit gekommen“ ist und das „geschah durch die Wiedereinführung des Militärdienstes, den unsere Brüder in Deutschland aus Gewissensgründen eben sowenig tun können wie wir in Canada und den Vereinigten Staaten“ (91).

Zwar waren bei Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 in einer spektakulären Aktion die wehrfähigen Männer vom Bruderhof in der Rhön zunächst nach Lichtenstein geflohen⁹, doch hatten interne Probleme der Gemeinschaft wie auch Erfordernisse der landwirtschaftlichen Arbeit es nötig gemacht, dass einige Männer wieder zurückgekehrt sind.¹⁰ Am 11. September 1936 ging nun ein Schreiben des Bürgermeisters von Veitsteinbach ein, wonach sämtliche männliche Personen von den „Jahrgängen 1900-1905“ anzumelden seien, „zwecks Eintragung in die Wehrstammrolle.“¹¹ In dieser Situation erschien der Gemeinschaft eine erneute Flucht als zu gefährlich für die Männer und ihre Familien und hätte zudem die Aufgabe des Hofes bedeutet, der dann nicht mehr zu bewirtschaften gewesen wäre.

Die Argumentation des Briefes bezüglich des Militärdienstes ist rhetorisch geschickt angelegt. Sie verweisen auf ihre eigene Wehrdienstverweigerung in den Jahren 1914 und 1917 und legen diesbezügliche Dokumente dieser in Deutschland kaum bekannten Vorgänge¹² ihrem Schreiben bei:

„Wie wir damals als wir zum Krieg gegen Deutschland aufgerufen wurden, die amerikanischen Behörden gebeten haben [...] so bitten wir heute die deutschen Behörden für unsere in Deutschland befindlichen Brüder, dass auch sie vom Militärdienst befreit bleiben“ (91).

Nüchtern wird allerdings einkalkuliert, dass der nationalsozialistische deutsche Staat einer solchen Bitte nicht entsprechen kann und wird:

„Sollte endlich - was wir für ganz ausgeschlossen halten - auf Grund der Gewissensüberzeugung unserer Brüder in der Wehrdienstfrage eine Auflösung des Bruderhofs beschlossen werden, so möchten wir dann dringend darum bitten, dass all unsern Brüdern in Deutschland die Zeit und Gelegenheit gegeben wird, die Uebersiedlung nach einem andern Land vorzubereiten und durchzuführen“ (93).

Interessant ist, dass sie in diesem Zusammenhang auf die Verschuldung des Rhönbruderhofes eingehen. Sie hätten insgesamt „150.000 Mark Auslandsgelder in den Bruderhof Kreis Fulda hineingeschickt“ und wären auch bezüglich der gegenwärtigen Zahlungsverpflichtungen weiterhin zur Hilfe bereit, um „alle Schulden gewissenhaft zu bezahlen“ (93). Dazu aber bedürfe es einer Bestandsgarantie. Dies ist ein raffinierter Schachzug, der wiederum zeigt, wie gut die Verfasser infor-

⁹ Dokumente zu diesem Vorgang sind zugänglich im Rahmen der Online Ausstellung „Widerstand!? Evangelische Christinnen und Christen im Nationalsozialismus (<http://de.evangelischer-widerstand.de/html/view.php?type=dokument&id=844&l=> [17.9.2013]).

¹⁰ Dies wird deutlich aus verschiedenen Briefen, so heißt es z.B. in einem Brief vom 2.11.1935 an Hardy Arnold, geschrieben von seiner Frau auf dem Almbruderhof in Liechtenstein: „Also wir waren hier nach Papas Brief zu dem Entschluß gekommen, daß Barths und Kleinerts hinüber müssen“ (Bruderhof Historical Archive, Walden, NY, USA, 20080092_11_s_014).

¹¹ Der Brief und die Reaktion der Gemeinschaft sind dokumentiert bei Hans Zumpe, Unsere Auseinandersetzungen mit dem nationalsozialistischen Staat. Bericht über die Jahre 1933-1937 in der Geschichte unserer Bruderhöfe (als Manuskript gedruckt), Primavera 1945, 152. Aus dieser Zeit liegt zudem ein Brief von Georg Barth vor, als schriftliche Bestätigung eines Telefongesprächs mit Hans Zumpe, in dem es heißt: „Wir haben also verstanden, daß die Jahrgänge 1900-1905 sich anzumelden haben, was uns zusammen mit einer Anklageschrift durch Zeiher mitgeteilt wurde.[...] Es wird mit Hochverratsprozeß gedroht“ (Brief vom 15.9.1936, Bruderhof Historical Archive, Walden, NY, USA, 20080094_04_t_021).

¹² Eine kurze Übersicht bei Schlachta, Die Hutterer, aaO. (Anm. 6), 156f.

miert sind, sowohl über die wirtschaftlichen Bedingungen des Bruderhofes, als auch über die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Behörden.

2. Ein internationaler Schutzbrief mit begrenzter Wirkung

Was mit diesem Brief vorliegt, ist ein Stück Kirchenkampf mit den Mitteln ausländischer Unterstützung. Diese Unterstützung wurde von Seiten des deutschen Bruderhofes ausdrücklich gewünscht. Seit 1933 stand die Gemeinschaft in engem brieflichem Kontakt mit den hutterischen Höfen in den USA und Kanada bzw. mit den dortigen Ältesten. Teilweise wurden die Briefe der Zensur wegen von der Schweiz oder von den Niederlanden bzw. von Lichtenstein, wo die Gemeinschaft zur Fortführung ihrer Schul- und Erziehungsarbeit im Jahr 1934 eine Tochniederlassung gegründet hatte, versandt.¹³

Die Frage, die sich stellt, ist die Frage nach dem Erfolg. Welche Wirkung hatten internationale Einmischungen in der frühen Phase nationalsozialistischer Herrschaft? Die Frage ist von einigem Interesse, sie war bereits damals eine vielfach diskutierte innerkirchliche Frage. Sie wurde in der Regel negativ beantwortet insofern als man die Gefahren durch solche Art der Einmischung für höher erachtete als die Chancen.¹⁴ Durch alle ökumenischen Konferenzen seit 1933 zieht sich das Bemühen der jeweiligen deutschen Delegationen, kritische Worte zur Lage in Deutschland von ökumenischer Seite nach Möglichkeit zu verhindern, sich auf jeden Fall aber davon zu distanzieren. Bezeichnend ist die „ernste Bitte“, die der „Kirchenausschuss“ bereits 1933 formulierte: „Der Kirchenausschuss richtet an die Auslandskirchen die ernste Bitte um Zurückhaltung gegenüber von Vorgängen im Rahmen der deutschen Revolution, die nur auf Grund genauer Vertrautheit mit den besonderen deutschen Verhältnissen [...] zutreffend gewürdigt werden können.“¹⁵ In der „Er-

¹³ In einem der ersten Briefe nach der Machtergreifung, abgeschickt aus Zürich am 27.4.1933 an den Ältesten Jakob Hofer durch den Sohn des Bruderhofgründers Eberhard Arnold, Hardy Arnold, heißt es: „Mein lieber Vater kann Euch leider jetzt nichts Näheres über das Ergeben unseres Bruderhofes schreiben, denn unsere Gemeinschaft wird beständig von der Polizei bewacht. [...] Es ist in Deutschland bei Gefängnisstrafe und Zuchthausstrafe verboten nach dem Ausland zu schreiben, was die jetzige Obrigkeit getan hat, tun will oder tun lässt. Deshalb bitten wir Euch, in Euren Briefen, die Ihr nach Deutschland sendet nicht ein einziges Wort über die Obrigkeit in Deutschland zu schreiben, da unsere Diener am Wort sonst ins Gefängnis gebracht werden. Zweimal schon waren die bewaffneten Diener der Obrigkeit auf unserem Hof, zum 2.Mal vor wenigen Tagen, am Mittwoch in der Karwoche. Sie umstellten unser Land mit ihren Waffen, als wenn wir mit ihnen Krieg führten wollten“ (Bruderhof Historical Archive, Walden, NY, USA 20126385_001). Die Antwortbriefe der hutterischen Geschwister aus den USA und aus Kanada wurden in der Gemeinschaft in der Regel öffentlich verlesen, der Kontakt war insofern nicht nur ein Kontakt auf Leitungsebene: „Gestern hat Georg in der Gemeindestunde zwei Briefe von den Hutterern vorgelesen“ (2.9.1936 von Edith Boecker, Bruderhof Historical Archive, Walden, NY, USA 20080092_13_s_008).

Ob von deutscher Seite auch Textentwürfe für Eingaben an Regierungsstellen entworfen und den hutterischen Geschwistern in Amerika zugesandt wurden, konnte bislang nicht geklärt werden. Sowohl die Sprache des Briefes vom 13.11.1936 als auch die ihn auszeichnenden Detailkenntnisse der Verhältnisse sowohl in Deutschland als auch auf den Rhönbruderhof könnten für eine deutsche Vorlage sprechen, allerdings wäre in einem solchen Fall die Adressierung an das Reichsministerium des Inneren, statt an das zuständige Reichskirchenministerium schwer zu erklären.

¹⁴ Zu beachten ist bei dieser Einschätzung, dass damals die „Teilnahme an der ökumenischen Bewegung [...] als nationale Charakterlosigkeit, bald als verräterische Verbindung zum Landesfeind, verdächtigt“ wurde, so aus der Perspektive eines Zeitzeugen Martin Fischer, *Der Weg der Bekennenden Kirche in Deutschland und die ökumenische Bewegung*, in: Robert C. Mackie (Hg.), *Gelebte Einheit. Ökumenischer Dialog* (Festschrift für W. A. Visser 't Hooft), Stuttgart 1965, 119-140.125, der in Bezug auf den Zeitgeist - auch den kirchlichen Zeitgeist - von der „Trunkenheit nationaler Abgötterei“ spricht.

¹⁵ So heißt es in Anlage 4 der „Niederschrift der Verhandlungen des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses am 25/26. April 1933 in Berlin“ (Boyens, *Kirchenkampf und Ökumene*, aaO. (Anm. 1), 295-299. 299). Typisch auch die „heftige, geradezu hysterische Reaktion der maßgebenden Stellen des 3. Reiches“ (Boyens, *Kirchenkampf und Ökumene*, aaO. (Anm.1), 169) wie auch des Leiters des Kirchlichen Außenamtes Heckel auf den Entschluss der Weltkonferenz von Oxford, eine Delegation nach Deutschland zu entsenden und „über den Verlauf und die Ergebnisse der Konferenz Bericht zu erstatten.“ (165) ; vgl. zum Vorgang insgesamt Boyens, *Kirchenkampf und Ökumene*, aaO.

klärung der deutschen Delegation“ anlässlich der Tagung in Fanø vom 30. August 1934 findet sich der Satz, dass „öffentliche Resolutionen der inneren kirchlichen Entwicklung nicht förderlich sind.“¹⁶ Dies war wohl nicht nur eine Aussage, die als Absicherung gegenüber der politischen Ebene gedacht war, vor der sich eine offizielle deutsche Delegation immer zu rechtfertigen hatte. Denn auch im Bericht von Visser`t Hooft vom Februar 1934 heißt es unter der Überschrift “Foreign intervention?”: “the situation seems too unclear to admit of any official intervention”.¹⁷ Als Grund führt er zudem an, dass “among the leaders of the opposition” ein Gefühl bestehe, “that there are altogether too many political and other elements mixed up with the religious ones in the judgements which come from the Churches abroad”¹⁸. Es sind Vertreter der bekennenden Kirche, die sich Visser t Hoft gegenüber so äußern, woraus dieser schließt: “If this is felt among the men of the Bruderschaft, it is of course even more strongly felt among the powers-that-be of the German Church.”¹⁹

Der Brief der hutterischen Geschwister ist insofern ein interessantes Beispiel für die Frage nach Sinn und Nutzen schriftlicher ausländischer Interventionen. Zu beachten ist dabei, dass dieser Brief nicht die erste schriftliche Intervention der hutterischen Gemeinden in Amerika darstellt. Als sich nach einer umfassenden Razzia durch die Gestapo im November 1933 zwei Brüder im Berliner Gestapohauptquartier erkundigten, was die Gestapo nun weiter vorhabe, entdeckten sie in der Akte eine schriftliche Eingabe der hutterischen Geschwister an das deutsche Konsulat in Winnipeg.²⁰ Das Original dieser Eingabe ist verschollen, ob weitere Eingaben über andere Botschaften gerichtet worden sind, ist unklar. Auf jeden Fall steht der vorliegende Brief von 1936 in einer gewissen Kontinuität von brieflichen Interventionen, die den deutschen Behörden signalisierten, dass ihre Handlungen unter Beobachtung stehen. Für Thomas v. Stieglitz dürften diese Eingaben „dazu beigetragen haben, daß der Rhönbruderhof bis 1937 geduldet wurde“²¹. Ein direkter Nachweis der Wirkung ist allerdings schwer, denn eine Antwort der deutschen Behörden an die hutterischen Ältesten ist in keinem Fall erfolgt. Allerdings fällt auf, dass im Disput der Behörden bezüglich der am 16. Juni 1936 geäußerten Bitte der Gestapo Berlin, „eine Handhabe zu finden, um den Bruderhof endlich aufzulösen“²², der Regierungspräsident in Kassel (Regierungsassessor Grunewald i.V.) am 17. Oktober 1936 eine „Auflösung des Bruderhofes als staatsfeindliche Organisation“ zwar „an sich aus staatspolitischen Gründen“ begrüßte, aber Bedenken anmeldet wegen der Auslandsbeziehungen des Bruderhofes und wegen dem dort investiertem ausländischen Kapital.²³ Der Regierungspräsident befürchtet Nachteile aufgrund der „lügnerischen Propaganda un-

(Anm. 1), 165 ff. und vor allem den Brief von Bischof Heckel an Bischof Melle vom 22. Juli 1937 (abgedruckt in: Boyens, Kirchenkampf und Ökumene, aaO. (Anm. 1), 359f.).

¹⁶ Erklärung der deutschen Delegation (Heckel), 30. August 1934 (abgedruckt in: Boyens, Kirchenkampf und Ökumene, aaO. (Anm. 1), 338-339. 338).

¹⁷ Report of Dr. Visser`t Hooft on the latest developments in the German Church, 19. Februar 1934 (abgedruckt in: Boyens, Kirchenkampf und Ökumene, aaO. (Anm.1), 319-321).

¹⁸ ebd. 320.

¹⁹ ebd. 320.

²⁰ Vgl. Hans Meier, Solange das Licht brennt. Lebensbericht eines Mitglieds der neuhutterischen Bruderhof-Gemeinschaft, Klosters 1990, 47.

²¹ von Stieglitz, Kirche als Bruderschaft aaO. (Anm. 2), 198.

²² Schreiben der Geheimen Staatspolizei Berlin an den Reichs- u. Preuß. Minister des Innern vom 16.6.1936, BArch 5101/ 23410 pag. 131-139. 131. Vgl. zum Disput der Behörden bezüglich einer Auflösung des Rhönbruderhofes ansonsten die Übersicht bei Karl Zehrer, Evangelische Freikirchen und das „Dritte Reich“, Göttingen 1986, 92 ff.

²³ Schreiben des Regierungspräsidenten in Kassel (Regierungsassessor Grunewald i.V.) an den Minister für kirchliche Angelegenheiten, den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau und abschriftlich an den Herrn Minister des Inneren vom 17.10.1936, BArch 5101/ 23410 pag. 200-203. 201.

serer Feinde im Ausland“ und stellt fest, „Märtyrer um ihres Glaubens willen“ zu schaffen, sei aus „außenpolitischen Gründen höchst unerwünscht“.²⁴ Auch der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau schließt sich am 14.12.1936 dieser Einschätzung an.

Der am 2.12.1936 eingegangene Brief der hutterischen Ältesten hat also möglicherweise wirkungsvoll im Reichskirchenministerium diese Bedenken der lokalen Behörden verstärkt und so dazu geführt, dass von einer sofortigen Auflösung abgesehen wurde.²⁵

Doch bereits am 5. März 1937 wendet sich die Gestapo Berlin erneut an den Reichskirchenminister und fordert dringlich unter Führung eines abgefangenen Briefes als Beleg für „Zustände, die sowohl in sozialer als auch in hygienischer und gesundheitlicher Beziehung nicht länger geduldet werden können“ um Zustimmung zur sofortigen Auflösung.²⁶ Die Zustimmung zu dieser dringlichen polizeilichen Bitte erfolgt handschriftlich ohne Datum auf offiziellem Briefpapier des Ministeriums. Es heißt dort kurz und bündig: „Gegen die dort beabsichtigten Maßnahmen habe ich Bedenken nicht zu erheben. Den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau bitte ich hiervon in Kenntnis zu setzen und mir zu gegebener Zeit Abdruck ihrer Verbotsanordnung vorzulegen.“²⁷ Damit war für die Gestapo der Weg frei.²⁸

Die briefliche Intervention der hutterischen Gemeinden scheint also wenn überhaupt nur für eine sehr begrenzte Zeit schützende Wirkung gehabt zu haben.

Doch zu diesem Zeitpunkt waren die hutterischen Gemeinden in Amerika schon einen Schritt weiter gegangen. Während sich in der „Erklärung der deutschen Delegation“ anlässlich der Tagung in Fanø vom 30.8.1934 der fast an eine Karikatur grenzende theologische Satz findet, wonach „wir als Christen nicht nach der Hilfe von Menschen zu fragen haben, sondern mit letztem Ernst nach

²⁴ ebd. 202. Ganz ohne Anhalt war diese Sorge nicht, wie ein von Zumpe mitgeteilter Vorfall vom 5.1.1934 zeigt. Die Gemeinschaft auf dem Bruderhof in der Rhön erhielt damals Besuch eines SA Standartenführer, der wegen „Greuelpropaganda in England über eine Auflösung des Bruderhofes“ gekommen war. Nach Zumpe wurde daraufhin die Deutsche Botschaft in London eingeschaltet, um mit einem Brief die Lage zu klären (Zumpe, Auseinandersetzungen mit dem nationalsozialistischen Staat, aaO. (Anm. 12), 50).

²⁵ Mit Brief vom 13.1.1937 an den Oberpräsidenten (BArch R 5101/23410 pag. 220) hat das Reichskirchenministerium mitgeteilt, dass entsprechend zu verfahren sei und sendet „Abschrift des vorstehenden Erlasses“ an das Geheime Staatspolizeiamt - damit war eine sofortige Auflösung erstmal abgewendet.

²⁶ Schreiben der Geheimen Staatspolizei Berlin an den Minister für kirchliche Angelegenheiten vom 5.3.1937, BArch R 5101/23410 pag. 221-222. Darin heißt es: „Unter Bezugnahme auf die fernmündliche Unterredung meines Sachbearbeiters Reg. Ass. Dr. Altenloh, mit Ihrem Herrn Ass. Haugg bitte ich ergebenst, die dortige Zustimmung zur Auflösung des Bruderhofes zu erteilen.“ Es hat demnach unabhängig vom Schriftverkehr mündliche Absprachen gegeben. Zu Werner Haugg vgl. Heike Kreuzer, Das Reichskirchenministerium im Gefüge der nationalsozialistischen Herrschaft, Düsseldorf 2000, 156-158.

²⁷ Schreiben des Ministers für kirchliche Angelegenheiten an die Geheime Staatspolizei Berlin o.D., BArch R 5101/ 23410 pag. 230. Es ist auffällig, dass die Aufgabe, die zuständigen Behörden zu informieren, jetzt in die Hände der Gestapo gelegt wird. Die ungewöhnliche handschriftliche Form der Zustimmung des Ministers hängt offensichtlich mit dem weitgehenden Rückzug Kerrls aus dem Tagesgeschäft zwischen Februar und November 1937 zusammen (vgl. dazu jetzt Kreuzer, Das Reichskirchenministerium, aaO. (Anm. 26), 300 ff.) Ob der erneute Vorstoß der Gestapo bezüglich Auflösung des Bruderhofes auch mit dieser „Vakanz“ im Ministerium zusammenhängt, ist dagegen bislang nicht zu belegen. Insgesamt aber scheint die Bemerkung Boyens, dass jede „staatliche Stelle [...] ihre eigene Kirchenpolitik zu betreiben“ schien, auch vor diesem Hintergrund sehr treffend (Boyens, Kirchenkampf und Ökumene, aaO. (Anm.1), 152).

²⁸ Interessanterweise kommt während der Beschlagnahmung des Bruderhofes der leitende Gestapobeamte gegenüber den beiden hutterischen Ältesten, die unverkennbar ausländische Beobachter dieses polizeilichen Vorgehens sind, auf das Thema „Greuelpropaganda“ von sich aus zu sprechen: „Ich weiß noch, wie der Kommissar zu David- und Michael-Vetter sagte: 'Na, sie werden nicht gerade Gutes über das deutsche Reich zu erzählen haben, wenn sie wieder nach Kanada zurückgekehrt sind. Aber das macht nichts, es wird über Deutschland schon soviel schlechtes in der ganzen Welt erzählt, daß es darauf nun auch nicht mehr ankommt.'“ (Karl Keiderling, Bericht über die Auflösung des Rhönbruderhofes, über die Verhaftung und Gefangenschaft unserer drei Brüder Hans, Hannes und Karl, und über ihre Heimkehr zur Gemeinde [1937], unveröffentlicht, Bruderhof Historical Archive, Walden, NY, USA, 20080204_08_s_001), 22).

der rettenden Hilfe und Kraft Gottes“²⁹, hatten die hutterischen Gemeinden auf beiden Seiten des Atlantiks verstanden, dass die rettende Hilfe und Kraft Gottes innerweltlich immer auf zwei Beinen kommen muss: „Im Monat Juni luden wir die hutterischen Brüder in Nordamerika ein, uns zu besuchen und uns zu helfen.“³⁰

3. Zwei lebendige Briefe

Als am 14. April 1937 der Bruderhof gestürmt und für aufgelöst erklärt wurde³¹, machten die Gestapobeamteten eine überraschende Entdeckung. Sie standen unter internationaler Beobachtung. Die hutterischen Gemeinschaften hatten die Bitte um persönliche Unterstützung aus Deutschland angenommen und zwei Älteste der hutterischen Gemeinschaften aus Amerika gesandt: „Wenn die 2 Brüder David Hofer von Manitoba, und Michel Waldner von South Dakota sollten hinkommen, werden sie ein lebendiger Brief sein.“³²

Die beiden hutterischen Ältesten, für die es die erste transatlantische Reise ihres Lebens war, trafen wenige Tage vor Razzia und Auflösung des Bruderhofes in der Rhön ein. Unmittelbar nach ihrer Ankunft begleiten sie eine Delegation des Rhönbruderhofes zum zuständigen Landrat Burkhardt nach Fulda. Das Ziel dieses letzten Gesprächsversuch war ähnlich angelegt wie im Fall des Briefes der hutterischen Kirche vom 13. November 1936, man wollte Klarheit über die Absichten der Behörden bezüglich des Hofes und vor allem bezüglich des Schicksals der wehrpflichtigen Mitglieder der Gemeinschaft bekommen. Neben den Reiseberichten der beiden hutterischen Ältesten liegt zu diesem Besuch ein sehr lebendiger Erinnerungsbericht von einem Mitglied der damaligen Bruderhofleitung, Karl Keiderling, vor. Dieser Bericht zeigt deutlich, welche Möglichkeiten, ausländische Gäste damals im Umgang mit deutschen Behörden noch gehabt haben, wenn sie Mut und Geistesgegenwart mitbringen:

„David Vetter³³ klopfte ploetzlich dem Landrat auf die Schulter, sodass selbst der Micha-Vetter verdutzt dreinsah und noch mehr der Landrat selber und David Vetter fragte ihn: 'Ich will dich mal

²⁹ Erklärung der deutschen Delegation [Heckel], 30. August 1934, abgedruckt in: Boyens, Kirchenkampf und Ökumene, aaO. (Anm.1), 338f. Sie korrespondiert gut mit der von Visser t' Hoft beobachteten allgemeinen Haltung in Deutschland: „There was not much enthusiasm for having an observer from abroad come to live in Germany“ (Report of Dr. Visser t' Hooft on the latest developments in the German Church, 19. Februar 1934, abgedruckt in: Boyens, Kirchenkampf und Ökumene, aaO. (Anm. 1), 319-321. 320).

³⁰ Zumpe, Auseinandersetzungen mit dem nationalsozialistischen Staat, aaO. (Anm. 11), 138. Die positive Reaktion von hutterischer Seite wird deutlich aus einem Brief Edith Boeckers vom 2.9.1936: „Gestern hat Georg in der Gemeinde-stunde zwei Briefe von den Hutterern vorgelesen, die sich ernstlich damit beschäftigen zwei Brüder hinüber zu senden. Es geht sehr viel Verständnis für unsere Lage aus den Briefen hervor, Hansens Brief hat ihnen auch großen Eindruck gemacht, was mich besonders freute“ (Bruderhof Historical Archive, Walden, NY, USA, 20080092_13_s_008). Nach Majorie Hindle, 'Unerwünscht': One of the Lesser Known Confrontations with the National Socialist State, 1933-37, in: The German History Society (11/1993) 207-219. 219 wurde die endgültige Entscheidung zur Aussendung am 9.12.1936 auf einer "Conference of Canadian Hutterian Brothers [...] held in Manitoba" getroffen.

³¹ Mit diesem Datum reiht sich die Auflösung der Rhönbruderhofgemeinschaft in eine Phase nationalsozialistischer Kirchenpolitik ein, die Strübind als „Höhepunkt der Sektenverbote“ bezeichnet und wo „im Zeitraum vom 10.4-12.6. allein neun kleinere religiöse Gemeinschaften aufgelöst wurden“ (Strübind, Die unfreie Freikirche, aaO. (Anm. 1), 214).

³² So die Formulierung in einem Brief der hutterischen Gemeinden an Hans Zumpe im Dezember 1936 (Bruderhof Historical Archive, Walden, NY, USA, 20080103_01_s_001). Es ist interessant, dass im Rahmen der Dekade „Gewalt überwinden“ der ÖRK jüngst diesen biblisch inspirierten (vgl. 2 Kor 3,3) Ausdruck „*Lebendige Briefe*“ neu (ge-)erfunden hat, zur Bezeichnung eines Projektes, das mit seiner Aufgabenbeschreibung auch den hutterischen Besuch in Europa 1937 gut umschreibt: „kleine ökumenische Teams - besuchen ein Land, um den Menschen zuzuhören, von ihnen zu lernen, miteinander über Konzepte und Herausforderungen bei der Überwindung von Gewalt und in der Friedensarbeit zu sprechen und gemeinsam für den Frieden in der Gemeinschaft und in der Welt zu beten“ (www.gewaltueberwinden.org/de/konvokation/vorbereitungen/lebendige-briefe.html. [18.9.2013]).

³³ „Vetter“ ist ein in der hutterischen Tradition üblicher Ehrentitel für Älteste und wird dem Vornamen nachgestellt.

etwas fragen, du darfst es mir aber nicht übel nehmen.` Der Landrat beantwortete die persönliche Anrede mit Du mit einem verlegenen Lächeln. `Was geschieht mit den Brüdern die den Wehrdienst aus Glaubensgründen verweigern müssen?` Der Landrat wusste im ersten Moment gar nicht, was er sagen sollte und war ganz verlegen, besonders über die Art von David Vetter, die ihm wohl noch nie in seinem Leben begegnet war, aber dann sagte er ganz ernst und streng [...] `könnten mit dem Wehrdienst bei uns keine Ausnahmen mehr machen. Er müsse nach den Anordnungen Adolf Hitlers handeln`.“³⁴

Als dann am 14. April 1937 der Hof in der Rhön umstellt und durchsucht wird, da erleben auch die deutschen Sicherheitskräfte, welche Möglichkeiten ausländische Beobachter haben.³⁵ Sehr selbstbewusst wehrt sich vor allem David Hofer gegen die Maßnahmen der Gestapo, verhindert eine Durchsuchung seines Zimmers und Gepäcks, verweigert fotografische Aufnahmen und verwickelt die Gestapobeamten in inhaltliche Gespräche.

„Dann sagte ich ihnen, daß sie schlimmer wären, als die Amerikaner. Dann fragten sie, wieso? Ich sagte ihnen, wir als Deutsche wurden im letzten Weltkrieg aufgefordert, Kriegsdienst gegen Deutschland zu leisten. Wir weigerten uns und lehnten es kurz ab, wie auch diese unsere Brüder. Sie sagten, ja, so können wir nicht zufrieden sein.“³⁶

Die ursprüngliche Absicht der Gestapo, der Rhönbruderhofgemeinde unter Berufung auf §§ 1,4 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.1933 verkündet, war die Auflösung der Gemeinschaft und der Abtransport der wehrpflichtigen Männer.³⁷ Diese Absicht wird unter kräftiger Unterstützung der ausländischen Gäste vereitelt.³⁸ Die Gemeinschaft besteht darauf als Gruppe zusammen zu bleiben und gemeinsam unter Einschluss der eigentlich wehrpflichtigen Männer ausreisen zu dürfen. Allerdings werden drei leitende Brüder am 15. April 1937 in Haft genommen und wegen Verdacht auf Kreditbetrug angeklagt. Diese Inhaftierung am Tag nach der Razzia und die überraschende Anklage wegen wirtschaftlicher Vergehen sieht nach einem Strategiewechsel der Gestapo aus, wohl mit verursacht durch die Anwesenheit internationaler Beobachter. Man wollte den Eindruck von Religionsverfolgung vermeiden und organisierte deswegen eine Anklage wegen finanzieller und wirtschaftlicher Straftatbestände.³⁹

Die Freilassung und Ausreise der drei inhaftierten leitenden Brüder wurde nicht nur durch einen guten und engagierten Rechtsanwalt erreicht, sondern wiederum auch durch Inanspruchnahme von besonderer ökumenischer Solidarität, was hier nur kurz angedeutet werden kann. Beteiligt an den Verhandlungen über die Freilassung war neben dem Rechtsanwalt Dr. Eisenberg ein recht ge-

³⁴ Keiderling, Bericht über die Auflösung, aaO. (Anm. 28), 13.

³⁵ Vgl. dazu die Reiseberichte der beiden hutterischen Ältesten: David Hofer, David Hofers Reise nach Europa 1937, Manitoba 1990 und Michael Waldner, Reise-Bericht, White Rock Bruderhof 1980.

³⁶ Hofer, Reise nach Europa, aaO. (Anm. 35), 37. David Hofer hatte vor allem ein Interesse daran, dass niemand zum Wehrdienst eingezogen wird und die Gemeinde zusammenbleiben kann: „Ich sagte den Beamten, wenn ihr klug sein wollt, und Mühe und Arbeit sparen wollt, laßt sie ziehen. Ihr macht keine Soldaten aus ihnen, und was sind diese wenigen im ganzen Deutschlandreich; versündigt euch nicht an ihnen. Er sagte, es wäre nicht in seiner Hand“ (ebd. 40).

³⁷ Vgl. die Darstellung der Vorgänge am 14.4.1937 bei Hans Meier, The Dissolution of the Rhön Bruderhof in Germany, in: Mennonite Historical Bulletin XLI (7/1980) 1-6; das Ministerium für die kirchlichen Angelegenheiten wurde erst mit Schreiben vom 24.5.1937 durch die Geheime Staatspolizei Berlin darüber informiert, dass der „Neuwerk-Bruderhof e.V.“ von der Staatspolizeistelle Kassel am 9. April 1937 aufgelöst worden“ ist (BArch R 501/23410 236-237). Warum hier der 9.4. 1937 genannt wird, konnte bislang nicht geklärt werden.

³⁸ Es sei „für eine Diktatur erstaunlich, daß der ursprünglich harte Plan, jeden in seinen Heimatort zu verschicken, während der Aktion plötzlich umgewandelt wurde in die Erlaubnis zur gemeinsamen Auswanderung [...] sogar einschließlich der Wehrfähigen. Vielleicht hat zu diesem überraschenden Nachgeben die „zufällige` Anwesenheit von zwei amerikanischen Hutterern“ beigetragen (Horst Quiring, Die deutschen Mennoniten zur Auflösung des Rhön-Bruderhofes 1937. Eine Dokumentation im Spiegel der Korrespondenz, in: MennGBI 38 (1981) 23-32. 25).

³⁹ So Meier, The Dissolution aaO. (Anm. 37), 2. Die Vermutung von Hans Meier, dass es sich letztlich um eine fingierte Anklage aus Gründen außenpolitischer Gesichtswahrung handelt, wird vor allem durch die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft gestützt, die im wesentlichen die Argumentation des Rechtsanwaltes übernimmt und keinen Grund zur Anklageerhebung sieht (vgl. BArch R 5101/23410, pag. 245-248).

heimnisvoller niederländischer Kaufmann, mit engen Kontakten zu quäkerischen Kreisen, Frank van Gheel Gildemeester⁴⁰, und - ebenfalls mit quäkerischem Hintergrund - drei englische Frauen, die in einem Hotel in Königsstein einen konspirativen Treffpunkt (der Quäker?) für Menschen auf der Flucht betrieben haben.⁴¹ Dort wurden die drei Brüder nach ihrer Entlassung mit dem nötigen Geld versehen, um die sofortige Ausreise aus Deutschland zu organisieren. Diese Art ökumenischer internationaler Solidarität geht weit über die Arbeit „lebendiger Briefe“ hinaus in Richtung verdeckter Operationen und direkten politischen Widerstandes, eine Richtung, die später Dietrich Bonhoeffer einschlagen wird.

4. Internationale ökumenische Solidarität

Die Gesandtschaft der „hutterischen Kirche in Amerika“ von 1937 ist ein Musterbeispiel für die Möglichkeiten und Chancen, die internationale kirchliche und ökumenische Solidarität bietet.⁴² Es ist nachvollziehbar, dass in manchen Lebenserinnerungen von Mitgliedern des damaligen Rhönbrotbrüderhofes der Besuch der beiden hutterischen Ältesten in jener dramatischen Situation polizeilicher Besetzung und Vertreibung empfunden wurde wie der Besuch von ‚Engeln Gottes‘. Freda Bridgewater spricht davon, dass der Besuch „a great blessing from God“ gewesen sei, weil diese beiden Brüder „could put in a word and say: ‘These are our people. They belong to us.’“⁴³ Damit ist sehr treffend formuliert, was internationale ökumenische Solidarität leisten kann, sie schafft in Situationen existentieller Bedrohung neue Beheimatungsmöglichkeiten, bzw. sie verdeutlicht diese besondere Heimat gegenüber den Sicherheitskräften: „These are our people.“

Von der „ernsten Hoffnung, daß [...] wir in all unseren Kirchen lernen möchten, enger zusammen zu stehen unter dem Banner des Evangeliums“⁴⁴, hat der englische Bischof George Bell gesprochen, der selbst in jenen Jahren auch in Deutschland persönlich interveniert hat.⁴⁵ Es scheint,

⁴⁰ Zur Person von Gildemeester siehe Peter Berger, *The Gildemeester Organisation for Assistance to Emigrants and the expulsion of Jews from Vienna, 1938-1942.*, in: Terence Richard Gourvish (Hg.), *Business and Politics in Europe, 1900-1970. Essays in Honour of Alice Teichova*, Cambridge 2003, 215-245. 216 ff.

⁴¹ So nach den Erinnerungen von Karl Keiderling (Keiderling, Bericht über die Auflösung, aaO. (Anm. 28), 72f.). Die Freilassung ist auch insofern besonders bemerkenswert, weil den Inhaftierten selbst gleich zu Beginn angekündigt worden war, „dass man uns ohnehin als Volksfeinde vom Gefängnis ins Konzentrationslager abholen würde, wenn uns die Richter freilassen sollten“ (Meier, Solange das Licht brennt, aaO. (Anm. 20), 63).

⁴² Wenn die Vorgänge um Auflösung und Vertreibung des Bruderhofes im April 1937 in der ökumenischen Öffentlichkeit stärker wahrgenommen worden wären, dann wäre die Aussage des Bischofs der Methodistenkirche, F. H. Otto Melle und des Direktors des Bundes der deutschen Baptisten am 20.7. 1937, also nur drei Monate später, gegenüber dem Geschäftsausschuss der Weltkonferenz für „Praktisches Christentum“, dass die „evangelischen Freikirchen in Deutschland [...] dankbar für die uneingeschränkte Freiheit der Verkündigung des Evangeliums von Christo“ seien „und für die Gelegenheit, die sie in Deutschland haben, ihren Dienst in Evangelisation, Seelsorge, sozialer Fürsorge und Gemeindeaufbau tun zu können“ wohl wesentlich stärker widersprochen worden und in ihrem ganzen Zynismus erkennbar gewesen. (Bischof Melle und P. Schmidt an den Geschäftsausschuß der Weltkonferenz in Oxford, 20. Juli 1937, in: Boyens, aaO. (Anm. 1), 354-355. 355). Vgl. zur Haltung von Melle und Schmidt auch Strübind, *Die unfreie Freikirche*, aaO. (Anm. 1), 231 ff.

⁴³ August und Freda tell how they came to the Bruderhof, in: *Memories of our Early Years Vol. 1* (Sammlung verschiedener Einzelveröffentlichungen) Plough Publishing House, Rifton N.Y 1973-1979. 1-37. 24.

⁴⁴ Bischof Bell an Reichsbischof Müller, 18.1.1934; zit. n. Boyens, *Kirchenkampf und Ökumene*, aaO. (vgl. Anm. 1), 316.

⁴⁵ „Angesichts der zunehmenden Verschlechterung der kirchlichen Lage in Deutschland fuhr Bischof Bell, begleitet von Prof. A. Keller als Dolmetscher, nach Berlin, um mit Lilje, Zoellner, Marahrens, Niemöller, Breit, von Thadden, Präses Koch, Böhm und O. Dibelius über mögliche Hilfsmaßnahmen zu beraten“ (Boyens, *Kirchenkampf und Ökumene*, aaO. (vgl. Anm. 1), 148 über das Jahr 1936). Boyens berichtet auch von einer diplomatischen Aktion durch Visser ‘t Hooft um die Jahreswende 1937/38, „um das drohende Verbot der DCSV in Deutschland abzuwenden“ (*Kirchenkampf und Ökumene* aaO. (vgl. Anm. 1), 185). Hierzu wurden Kontakte in das Reichsziehungsministerium aufgenommen und über englische bzw. amerikanische Bischöfe bei den jeweiligen Auslandsvertretungen protestiert. Der Erfolg allerdings war recht bescheiden, die Auflösung des DCSV erfolgte am 22.8.1938.

ein solcher Lernprozess ist in den letzten Jahren ein wenig in Gang gekommen. Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) hat im September 2001 auf die Bitte verschiedener Kirchen im Nahen Osten um internationale Solidarität ein Programm beschlossen, das zum Ziel hat, israelische und palästinensische kirchliche Aktivitäten und gewaltfreie Aktionen zu begleiten und so Unterstützung zu geben. Es geht um ein Signal, dass Gewalt und Menschenrechtsverletzungen nicht länger unbeobachtet und unbeachtet bleiben und um die Botschaft an die Christen des Nahen Osten, dass sie nicht vergessen sind. Es geht um genau das, was David Hofer in seinem Reisebericht für das Jahr 1937 so beschreibt:

„So gingen wir ganz ruhig und getrost hinunter zu den anderen Geschwistern und fanden sie ganz verlegen und verzagt. Wir sprachen ihnen Mut und Trost zu, so gut wir konnten, daß sie nur nicht verzagen sollten.“⁴⁶

Dieses Programm EAPPI (Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel)⁴⁷ setzt in Bezug auf einen bestimmten Konflikt herd in institutionellem Rahmen fort, was 1936/1937 die hutterische Kirche mit der Entsendung ihrer beiden „lebendigen Briefe“ erreichen wollte:

„Nach dem Gebet wurde beraten, wie alles anzustellen sei, und wie wir es doch könnten ausführen, daß die ganze Gemeinde doch beieinander bleiben könnte. Denn der gottlose Haufen wollte alle Geschwister in Deutschland zu ihren Verwandten zerstreuen. Auch wollten wir so gerne der Gemeinde in England und Liechtenstein zu wissen tun, was hier auf dem Rhönbruderhof geschehen war.“⁴⁸

Die Information einer internationalen Öffentlichkeit bei problematischen Maßnahmen der Sicherheitskräfte, ist auch heute eine zentrale Aufgabe der ökumenischen Begleiter im EAPPI Programm. Wie eng bei solcher ökumenischer Begleitung sich die Aufgabenfelder Trost, Gebet und Rat mit konkreter materieller Hilfe verbinden können und müssen, haben bereits 1937 die hutterischen Brüder erlebt: „Aber wie jemand zu schicken, da die Polizei alles Geld geraubt und genommen hatte, was über 400 Mark gewesen ist. [...] So war es notwendig, der Gemeinde von unserem Reisegeld mitzuteilen.“⁴⁹

Die Notwendigkeiten heutzutage liegen in vielen Fällen ganz ähnlich. Um auf diese Fälle adäquat in ökumenischer Solidarität zu reagieren, bedarf es einer klaren Überzeugung vom Auftrag christlicher Kirche, wie er beispielhaft im Schlusssdokument des katholisch-mennonitischen Dialoges formuliert wurde:

„Wir halten dafür, dass die durch Christus gegründete Kirche dazu berufen ist, ein lebendiges Zeichen und ein wirksames Werkzeug des Friedens zu sein, das jede Form von Feindschaft

Vgl. zur Person und zum Wirken von Bell ansonsten Andrew Chandler (Hg.), *The Church and Humanity. The life and work of George Bell, 1883-1958*, Burlington, Vermont 2012 und zum engen Verhältnis zwischen Bell und Visser 't Hooft jetzt Gerhard Besier, „Intimately Associated for Many Years“, in: *KZG* 21 (2/2008) 246-276.

⁴⁶ Hofer, *Reise nach Europa*, aaO. (Anm. 35), 35. Sehr anschaulich in Bezug auf das, was auch heute in Kriegs- und Krisenregionen nötig ist, ist auch folgender Passus: „Ich tröstete die gefangenen Brüder, so gut ich nur konnte, geduldig zu sein. Der gnädige Gott wird sie nicht verlassen. Ich verabschiedete mich von ihnen mit schwerem Herzen und ging wieder ins Gerichtsamt [...] um so schnell wie möglich die Pässe zu bekommen und auch für alle die Fahrkarten einzureichen“ (ebd. 41). Konkreter Trost, theologisch fundiert und konkrete Hilfe in den Verwaltungsdingen, die mit ausländischem Pass besser zu regeln sind, dies wird auch von Freiwilligen des Programms EAPPI immer wieder als Teil ihrer Arbeit berichtet.

⁴⁷ Nähere Informationen unter www.eappi.org bzw. www.eappi-netzwerk.de. Es ist hier nicht der Raum näher auf weitere Organisationen einzugehen, die einerseits diesem ÖRK Programm als Anregung dienen und deren Erfahrungen andererseits mit den Erfahrungen der Delegation der hutterischen Kirche 1936/37 gut verglichen werden können, vgl. hierzu nur die Organisationen PBI (www.pbideutschland.de) und CPT (www.cpt.org). Vgl. ansonsten auch Konsortium Ziviler Friedensdienst (Hrsg.): *Gewaltfrei für den Frieden. Menschen und Projekte – Eine Reise um den Globus*. 1. Auflage, Frankfurt a. Main 2009.

⁴⁸ Hofer, *Reise nach Europa*, aaO. (Anm. 35), 38f.

⁴⁹ Hofer, ebd.

überwindet und alle Völker im Frieden Christi versöhnt (Eph 4,1-3). [...] Alle Formen von Haß und Gewalt zwischen Völkern und Religionen sind mit dem Evangelium unvereinbar, und die Kirche hat einen speziellen Auftrag bei der Überwindung ethnischer und religiöser Meinungsverschiedenheiten und beim Aufbau eines internationalen Friedens.“⁵⁰

Kreative aktuelle Antworten in Bezug auf diesen speziellen Auftrag jeder christlichen Kirche benötigen ein gutes kirchliches Gedächtnis in Bezug auf geglückte (und auch missglückte) Versuche solchen Handelns. Kirchengeschichte, die sich dieser Aufgabe annimmt, leistet einen eminent wichtigen Beitrag zur heute notwendigen kirchlichen Handlungsfähigkeit.

aus:

Kirchliche Zeitgeschichte. Internationale Zeitschrift für Theologie und Geschichtswissenschaft (KZG/CCH) 27 (2/2014) 181-195

vgl. darüberhinaus die Darstellung bei **Nauerth, Thomas, Zeugnis, Liebe und Widerstand. Der Rhönbruderhof 1933-1937, Paderborn 2017**

⁵⁰ „Called Together to be Peacemakers: Report of the International Dialogue between the Catholic Church and the Mennonite World Conference“, veröffentlicht im Informationsdienst des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, N.113 (2003/II/III); deutsche Übersetzung findet sich in: Enns, Fernando (Hg.), Heilung der Erinnerungen - befreit zur gemeinsamen Zukunft. Mennoniten im Dialog. Berichte und Texte ökumenischer Gespräche auf nationaler und internationaler Ebene, Frankfurt 2008 und unter www.mennoniten.de. Hier zitiert nach dem Textauszug auf www.friedenstheologie.de [Zugriff: 1.10.2013].